



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

## **„Für den Frieden vereint: Eine Großregion der guten Nachbarn“**

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes

Anke Rehlinger im Vorfeld des 60. Jahrestages des Élysée-Vertrages

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 18. Januar 2023

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

Krieg war ausgegangen von deutschem Boden. Das nationalsozialistische Deutsche Reich erweiterte sein Regime in Europa mit allen Mitteln. Keine 21 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg standen sich Franzosen und Deutsche wieder in Schützengräben gegenüber.

Zuvor hatten in Deutschland Bücher gebrannt. Die Freiheit des Wortes hatte aufgehört zu existieren. Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und Intellektuelle retteten sich, wenn sie konnten, ins Exil. Viele gingen nach Frankreich, von dort später in die USA: die Manns, Lion Feuchtwanger, Franz Werfel, Bertolt Brecht, Arnold Zweig, Erich Maria Remarque, Egon Erwin Kisch und viele andere.

Ein anderer deutscher Schriftsteller hingegen musste nicht ins Exil: Ernst Jünger, Autor des Erster-Weltkriegstagebuches „In Stahlgewittern“, kam 1941 als deutscher Offizier nach Paris, ausgerechnet im Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich. Insofern mag es verwundern, doch auch dieser Mann stieß auf künstlerische und intellektuelle Bewunderung in Teilen der französischen Gesellschaft. Bis heute ist Ernst Jünger einer der wenigen Deutschen, die in den Kanon der „Pléiade“-Reihe aufgenommen wurden. Er steht dort in einer Reihe mit Goethe, Hölderlin und Luther – und Bertolt Brecht.

Überhaupt war das kulturelle Interesse der Deutschen an Frankreich und das der Franzosen an Deutschland immer stark, denken Sie nur an Deutschland als Idyll der Philosophie, als Sehnsuchtsort der Romantik, Frankreich als das Land aufklärerischer Rationalität und diplomatischer Weltläufigkeit – beides Klischees, die stets Faszination beim Nachbarn ausübten.

Warum ich das erzähle? Weil es zeigt:

Selbst in Zeiten erbitterter Feindschaft war die Kultur immer ein dünner Faden des Austausches zwischen Deutschland und Frankreich.

Mehr noch: Als die Dichter und Denker auf deutschem Boden heimatlos geworden waren, war Frankreich ihre nächste Wahl.

Die kulturellen, intellektuellen und hier bei uns im Saarland auch familiären Verflechtungen sind sehr dicht.

Wir im Saarland, im Herzen Europas, die wir immer wieder Spielball waren zwischen den Mächten, wissen mehr als jeder andere um den Wert der deutsch-französischen Freundschaft. Wir wissen, dass nationale Politiken nicht den verwobenen Alltag einer Grenzregion, die Familien- und Freundschaftsbande auslöschen können. Europa war für uns nie graue Theorie, sondern ist offensichtliche Existenzgrundlage.

Ich freue mich deshalb, die erste Landtagssitzung des Jahres mit einer Regierungserklärung zu Europa und der deutsch-französischen Freundschaft eröffnen zu dürfen. Anlass ist der 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit am 22. Januar, mit dem 1963 die Aussöhnung besiegelt wurde, auch bekannt als „Élysée-Vertrag“.

Die Überwindung der angeblichen „Erbfeindschaft“ und die Begründung der deutsch-französischen Freundschaft bedeuteten nicht weniger als eine Zeitenwende. Auch für unseren Kontinent als Ganzes.

Für unsere heutigen Partner, über die Nazi-Deutschland schreckliches Blutvergießen gebracht hatte, war die Aussöhnung aus damaliger Sicht ein riskantes Unterfangen, eine unsichere Wette auf die Zukunft.

Heute können wir sagen: Diese kühne Wette ist aufgegangen. Und dass sie auch noch in Zukunft aufgeht, dafür tragen wir Deutsche eine besondere Verantwortung. Europa ist für uns auch eine Verpflichtung unserer Geschichte.

Die deutsch-französische Partnerschaft wurde zum Kern Europas – ein Geschenk, ein Vertrauensvorschuss. Damit hielt ein neuer Geist Einzug ins staatliche Miteinander. Kooperation trat an die Stelle von Konfrontation, Austausch an die Stelle von Auseinandersetzung.

Es entstand über Zwischenstufen das bis heute einzigartige Modell der Europäischen Union. Das Ergebnis sind Jahrzehnte des Friedens und der Freiheit, des Wachstums und des Wohlstandes, der Solidarität nach innen und nach außen.

Seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages ist viel getan worden für die deutsch-französischen Beziehungen und viel erreicht. Dazu trägt auch der im Jahr 2019 geschlossene Vertrag von Aachen bei.

Der Élysée-Vertrag von 1963 war ein Bekenntnisvertrag. Das war sehr beachtlich und ein wirklicher Meilenstein. 2017/2018 waren der französische Präsident Macron und die deutsche Bundeskanzlerin aber der Ansicht, es sei die Zeit für ein stärker handlungsorientiertes Vertragswerk gekommen. Damit lagen sie richtig.

Folglich ist der Aachener Vertrag gespickt mit zahlreichen Vorhaben etwa im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Rüstungsindustrie und -exporte, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Vollendung des Binnenmarktes oder der Industrie- und Forschungspolitik. Auf Betreiben des Saarlandes enthielt der Vertrag sogar ein eigenes Kapitel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den deutsch-französischen Grenzregionen.

Was dort steht, ist gut. Aber Papier ist leider geduldig. Wir hingegen dürfen es nicht sein.

Auf den ersten Blick wurde vieles umgesetzt. Eingerichtet wurde ein deutsch-französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat; ebenso ein gemeinsames Zukunftswerk, das sich mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen auseinandersetzt; ein deutsch-französischer Bürgerfonds, der alle fördert, die sich aktiv für eine starke europäische Zivilgesellschaft einsetzen; ein deutsch-französisches Innovations- und Forschungsnetzwerk und manches mehr; vor allem aber auch ein Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um insbesondere die Hemmnisse beim Zusammenwachsen in den Grenzregionen zu beseitigen.

Das klingt gut. So ist dem Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr zu danken für seine bisherige Arbeit. Ich finde aber, die beste Würdigung würde darin bestehen, wenn aus den Diskussionen, Ideen und Anregungen echte Veränderungen, Verbesserungen und konkrete Projekte werden. Dafür werde ich

mich einsetzen. Wir können das mit breiten Schultern angehen, denn wir arbeiten bereits an zahlreichen Projekten, die den Vorgaben des Aachener Vertrages folgen.

Wir beteiligen uns mit dem DFKI am Gemeinsamen Forschungs- und Innovationsnetzwerk. Wir treiben mit der MOSAR-Vereinbarung die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung voran. Wir haben schon seit Jahren mit Partneruniversitäten in Lothringen und in Luxemburg gemeinsame Studiengänge eingerichtet. Immer mehr Unternehmen möchten sich an der grenzüberschreitenden Berufsausbildung zwischen Lothringen und dem Saarland beteiligen. Auch die grenzüberschreitende Polizeiarbeit ist hier schon Realität. Und bei der deutsch-französischen Industriezusammenarbeit sind wir vorne mit dabei.

Aber das deutsch-französische und das französisch-saarländische Freundschaftsband haben auch Zerreißproben hinter sich. Besonders dann, wenn Paris und Berlin „ihre“ Grenzregionen nicht im Blick haben.

Ich denke an geschlossene Grenzen - Bilder, die sich nie wiederholen dürfen.

Ich denke an den Zuspruch, den extreme Kräfte bei den Parlamentswahlen in Frankreich für sich verbucht haben, gerade in unserer Nachbarschaft.

Und ich denke auch an manche Spannungen, die leider im Zuge des Ukraine-Krieges entstanden sind. Etwa im Bereich der Energiepolitik oder wenn es um das Thema Entlastungen geht.

Und doch ist mein Eindruck – auch von meiner Paris-Reise Ende des letzten Jahres und einem Straßburg-Besuch in der letzten Woche, dass die jüngsten Missstimmungen auch eine Art Weckruf waren: In einer guten Freundschaft bewirken Herausforderungen, dass man sich zusammenrauft und noch intensiver zusammenhält.

Das wünsche ich mir als Signal, das vom deutsch-französischen Ministerrat am 22. Januar ausgehen möge: Ein starker Schulterschluss zwischen unseren beiden Ländern. Ich werde als Kulturbefullmächtigte selbst am deutsch-französischen Ministerrat teilnehmen und möchte daran mitwirken, dass ein solches Signal der Einigkeit davon ausgeht. Einigkeit macht stark.

Hier in der Grenzregion haben wir gezeigt, dass es zusammengehen kann. Wir sind der Ort, an dem unsere französischen Nachbarn mit Strom unterstützt werden. Im Gegenzug fließt Gas von Frankreich ins Saarland und damit nach Deutschland.

Dieses Beispiel zeigt, wie die deutsch-französische Zusammenarbeit vom Ziel zur Realität im Alltag wird: ohne Strom kein Licht, kein warmes Essen, ohne Gas kein warmes Zimmer.

Und es hat einen Grund, warum die Menschen im Saarland in besonderem Maße die Segnungen der Freundschaft zu schätzen wissen.

Unser Saarland liegt nicht nur im Herzen Europas, es spielt für Europa historisch auch eine wichtige Rolle – vor allem für den deutsch-französischen Motor. Ohne die Klärung der Saarfrage hätte es den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag nicht gegeben.

Der französische Staat hat damals entschieden, dass über die Frage von Grenzen demokratisch entschieden wird, das Ergebnis ist bekannt. Frankreich, Deutschland

und das Saarland haben gezeigt, wie man Interessenkonflikte friedlich lösen kann. Für diese Gelegenheit sind wir sehr dankbar.

Wie keine andere Region in Europa litt man an der Saar unter deutsch-französischen Rivalitäten und Krieg. Man muss nur von hier aus den Hügel hinter dem Landtagsgebäude hochspazieren, dann kommt man auf die Spicherer Höhen und die Kriegsdenkmäler zur Schlacht im Deutsch-Französischen Krieg von 1870. Zeugnisse einer Schlacht die „bedeutsam ist, weil sie so sinnlos war“, wie Nils Minkmar formuliert hat.

Wo einst von Krieg zu Krieg die Schützengräben immer tiefer wurden, wollen wir heute die deutsch-französischen Beziehungen vertiefen.

Willy Brandt hat einst gesagt: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“. Ich habe schon in meiner ersten Regierungserklärung als Ministerpräsidentin gesagt: Mein Anspruch ist, dass wir im Saarland sagen können: Wir SIND ein Volk guter Nachbarn! Hier im Land über Zäune, Hecken, Balkone und von Haus zu Haus. Aber auch über die Grenzen nach Frankreich, genauso wie nach Rheinland-Pfalz und nach Luxemburg.

Das Jahr 2023 steht für uns im Saarland ganz im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft.

Das Élysée-Jahr 2023 wird ein Festjahr der grenzüberschreitenden kulturellen Veranstaltungen. Das vorläufige Jahresprogramm habe ich bereits mit der künstlerischen Leiterin des Perspectives-Festivals, Sylvie Hamard, vorgestellt. Da wird sicherlich noch einiges hinzukommen. Denn wir laden alle Kulturschaffenden, ob aus dem Saarland, aus Frankreich oder grenzüberschreitend, ein, sich am Élysée-Jahr zu beteiligen.

Ich wünsche mir, dass damit der Veranstaltungskalender der Saarländerinnen und Saarländer ein bisschen französischer wird - und der der Französischen und Franzosen ein bisschen deutscher.

Meine Damen und Herren,

die besondere deutsch-französische Rolle des Saarlandes zeigt sich auch darin, dass unser Bundesland in den letzten 30 Jahren jetzt zum vierten Mal das Amt der deutsch-französischen Kulturbevollmächtigten ausfüllt. Ich selbst habe seit dem 1. Januar die Ehre in dieser neuen Rolle als „Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit“, wie das Amt offiziell heißt, ein Scharnier zu sein für die Beziehungen unserer Länder. Das ist mein Anspruch. Dabei stütze ich mich auf die Arbeit meiner Vorgängerinnen und Vorgänger, Hendrik Wüst und Armin Laschet aus NRW, aber auch Annegret Kramp-Karrenbauer, Peter Müller und Oskar Lafontaine aus dem Saarland.

Das Amt der Kulturbevollmächtigten ermöglicht es auch, selbstbewusster den Blick der Länder in die Debatte um die Zukunft der deutsch-französischen Partnerschaft einzubringen. Ich halte das für ganz besonders wichtig und habe es ja bereits angedeutet. Nicht alles was in Berlin und Paris entschieden wird, muss der Weisheit letzter Schluss sein. Der Praxistest findet nicht in den Hauptstädten statt, sondern in den Regionen. Als Grenzregion können wir die Debatte bereichern.

Das gilt auch besonders für den Bereich der Kultur. Gegenstand der Kultur ist meist nicht das politische Tagesgeschäft, jedoch die geistigen Tiefenschichten, die ein Verhältnis zwischen zwei Staaten auf mittlere und längere Sicht prägen. Ich habe das eingangs an den Dichtern und Denker versucht zu zeigen.

Das gemeinsame Tun beginnt in den Köpfen. Hier ist die Kultur unmittelbar am Zuge. Schlüsselkompetenzen sind dabei Bildung und Sprache.

Im Geist des Élysée-Vertrages, auf dessen Grundlage das Amt der Bevollmächtigten geschaffen wurde, möchte ich die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich zum Beispiel durch Austausch stärken. Von dem Erlernen und Fördern der Partnersprache über mehr gemeinsame deutsch-französische bis europäische Öffentlichkeit und politische Debatte hin zum kulturellen Austausch und der Förderung von Mobilität und Verständigung.

In meinem Fokus stehen zudem gemeinsame schulische Bildung, Hochschulbildung und grenzüberschreitende Ausbildung. Dazu passt, dass die EU-Kommission das Jahr 2023 zum „Europäischen Jahr der Kompetenzen“ ausgerufen hat. Und im Saarland haben wir eine Menge Erfahrung in diesen Bereichen und ein hohes Maß an Knowhow.

Als Bevollmächtigte möchte ich für alle Bundesländer, für ganz Deutschland, den Draht zu Frankreich stärken. Als Ministerpräsidentin des Saarlandes möchte ich hier mit gutem Beispiel vorangehen: Das Saarland war schon immer das französischste aller Bundesländer. Wir wollen unsere Frankreichkompetenz zum Wohle Europas einbringen.

Meine Damen und Herren,

seit dem 24. Februar 2022 erleben wir Krieg in Europa. Der russische Präsident Wladimir Putin bringt Zerstörung, Leid und Tod über das ukrainische Volk. Orte wie Butscha und Mariupol sind zu Chiffren für die Hölle des Krieges geworden, die er entfacht hat.

Meine Haltung dazu ist seit Beginn: Wir sollten in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern alles tun, was finanziell, humanitär und auch militärisch notwendig ist, um der Ukraine zu helfen.

Wenn ich daran denke, dass Ukrainerinnen und Ukrainer vom Tode bedroht im Kalten sitzen, weil russische Raketen ihre Strom- und Energieversorgung zerstört haben und auch auf Wohnhäuser zielen, dann finde ich, müssen wir alles Menschenmögliche tun, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnt.

Putin muss diesen Krieg verlieren. Moralisch hat er ihn ohnehin schon längst verloren. Putin und die Seinen sind Kriegsverbrecher, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Die Ukraine, die ihre Freiheit erkämpft und ihre Demokratie verteidigt hat, muss anschließend ihren Platz in Europa haben.

Denn sie kämpft eben auch, um unsere Freiheit, Demokratie und unser Miteinander zu verteidigen. Und vielleicht sogar, um zu verhindern, dass Putin Lust auf weitere Überfälle in Europa bekommt.

Und überhaupt: Europa. Macht es Sinn, als kleines Bundesland eine Europapolitik zu formulieren? Ich finde, dass das wichtig für uns ist. Unser gesamtes politisches

Handeln muss eingebettet sein in eine europäische Perspektive. Wollen wir den Wandel meistern, dann gelingt das nur mit einem geeinten, handlungsfähigen Europa.

Und natürlich müssen wir zeigen: Was bringt Europa, was bringt grenzüberschreitende Zusammenarbeit ganz konkret für die Saarländerinnen und Saarländer. Diese Frage ist weder verwerflich, noch egoistisch. Es ist vielmehr unsere Aufgabe die Interessen unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger vehement zu vertreten. Umgekehrt müssen wir uns aber natürlich auch die Frage stellen: Was können wir als kleines Bundesland zu diesem Europa beitragen? Was können wir zum Besseren bewegen?

Meine Damen und Herren, ich stelle diese Fragen ganz bewusst. Denn die Zeitenwende, die der russische Angriff auf die Ukraine markiert, erfordert einen anderen, einen größeren europäischen Esprit. Denn Zeiten besonderer Herausforderungen sind auch Zeiten besonderer Solidarität und Verantwortung für das große Ganze.

Unser Europa ist seit der russischen Invasion in der Ukraine ein völlig anderes. Und es wird sich auch nochmal verändern, wenn dieser Krieg endlich endet.

Europa steht vor großen und grundlegenden Herausforderungen. Sicherheitspolitisch muss Europa seine Rolle in der Welt neu definieren. Und wir müssen unsere nationale Sicherheit außen- und verteidigungspolitisch neu vermessen, das Sondervermögen für die Bundeswehr war dazu ein wesentlicher Schritt und womöglich nicht der letzte.

Sowohl geostrategisch als auch wirtschaftlich motiviert, muss Europa sich dem asiatischen Raum und den afrikanischen Ländern sehr viel mehr widmen. Auch um dem Hegemonieanspruch Chinas etwas entgegenzusetzen, müssen wir wirtschaftliche Kooperationen mit anderen asiatischen Staaten vertiefen. Das soll nicht heißen, dass jegliche wirtschaftliche Beziehung zu China schlecht ist. Aber es muss uns in Europa gelingen, unsere Lieferketten unabhängiger und resilienter zu machen und unsere Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren.

Um im globalen wirtschaftlichen und politischen Gefüge eine Stimme zu haben, muss es der Europäischen Union gelingen, genau das zu tun: Mit EINER Stimme zu sprechen.

Außerdem muss der „Green Deal“ als Wachstumsmotor funktionieren und die EU muss ihre Planungs- und vor allem Genehmigungsprozesse auf die Geschwindigkeit der voranschreitenden Transformation anpassen. Ich sage das zum Beispiel mit Blick auf IPCEI. Während in den USA gewaltige Fördersummen für Industrieunternehmen im Schaufenster stehen, wenn sie ihre Produktion in den Staaten ansiedeln, warten in Europa Unternehmen startklar über Monate auf beihilferechtliche Genehmigungen, die nicht mal Geld von der EU wollen, sondern einfach nur grünes Licht! Ein bisschen weniger Regulator und ein bisschen mehr Innovator, das wünsche ich mir für die EU-Kommission in den kommenden Jahren.

Die EU ist einst entstanden aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Heute müssten wir diesen Ursprungskern revitalisieren als Gemeinschaft für Wasserstoff und Erneuerbare Energien, denn das ist der Auftrag für die kommenden Jahre.

All diese Fragen haben viel mit uns im Saarland zu tun. Und ich will nicht übertreiben, natürlich ist unser Land kein big player im europäischen Raum. Aber wir sollten

selbstbewusst und stolz genug sein, zu sagen: Wir im Saarland können etwas dazu beitragen. Und wir haben eigene Interessen, die wir formulieren.

Ich will mit dem Offensichtlichen anfangen: Der Umbau der saarländischen Stahlindustrie wird die größte Einzelinvestition werden, die je im Saarland getätigt wurde. Es wird damit aber auch eines der größten Transformationsprojekte in Europa sein. Und es wird ein europaweit vorbildliches Klimaschutzprojekt.

Darauf können wir stolz sein, es ist aber zugleich auch eine Verpflichtung für die Europäische Union, Industrieregionen wie das Saarland dabei zu unterstützen.

Denn viele sich anschließende Fragen sind noch offen: Wo kommt die große Menge erneuerbare Energie her? Wie gelangen Massen an Wasserstoff ins Saarland? Wie sieht der Markt für grünen Stahl aus? Ich bin sicher, wir werden auf all diese Fragen in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern gute Antworten finden, dabei ist Europa ein Schlüssel.

Wir vernetzen den milliardenschweren Umbau unserer Stahlindustrie mit dem Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffinfrastruktur gemeinsam mit leistungsstarken Partnern wie dem Netzbetreiber Creos Deutschland Wasserstoff GmbH, GRTgaz aus Frankreich und der luxemburgischen Encevo. Damit etablieren wir ein regionales und grenzübergreifendes Wertschöpfungsnetzwerk, das als Blaupause für den europäischen Binnenmarkt und auch für andere europäische Grenzregionen dienen kann. Das Saarland als europaweiter Taktgeber und Schrittmacher - wir leisten damit also einen Dienst an Europa. Und wir verbinden auf diese Art europäische Innovations- und Technologiepolitik mit strukturpolitischen Maßnahmen, die unser Land voranbringen.

Das gleiche gilt etwa im Bereich der KI für die Claire-Initiative, die das DFKI gemeinsam mit seiner lothringischen Partnereinrichtung INRIA ins Leben gerufen hat. Europa kann, wenn es nur will und das entschlossen vorantreibt, weltweit Spitze sein in den Zukunftstechnologien. Dafür müssen wir aber unsere Kräfte bündeln, genau das tut die Claire-Initiative hier in Saarbrücken. Sie zielt darauf ab, ein europaweites Netzwerk von Exzellenzzentren in der KI zu schaffen, die strategisch über ganz Europa verteilt sind. Ich bin als saarländische Ministerpräsidentin stolz darauf, dass die Feder dieses Projektes hier im Saarland geführt wird.

Ich nenne den Bereich der Cybersicherheit. Mit dem CISP A verfügen wir hier über die weltweit führende Forschungseinrichtung. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich das BSI mit seiner Niederlassung in Saarbrücken angesiedelt. Vielversprechende Kooperationen bieten sich hier mit unseren Partnern in Luxemburg an, die eine eigene Initiative zur Datensicherheit in der Quantenkommunikationstechnologie haben.

Ich nenne zudem den Bereich der Weltraumtechnologie, wo mehr als dreißig saarländische Einrichtungen als Zulieferer oder Entwickler zum Erfolg der ESA beitragen. Oder ich nenne unsere Unternehmen der Wehrtechnologie mit insgesamt mehr als 2.000 Fachkräften, die tagtäglich ihr Knowhow in unsere Verteidigungsfähigkeit einbringen und in die in den kommenden Jahren kräftig investiert wird.

Meine Damen und Herren, wir haben noch eine ganze Reihe weiterer Pfunde, die wir unmittelbar für die Zukunft Europas einbringen können, die aufzuführen jedoch diesen Rahmen sprengen würde.

An all dem sehen Sie: Wir sind als Saarland mittendrin. In Europa. In europäischen Entwicklungen.

Aufgrund all dieser Verflechtungen muss man zu der Erkenntnis kommen, dass die Europapolitik unschätzbare Bedeutung für das Saarland hat. Ich habe den festen Willen, diesen Anspruch mit Leben zu füllen. Deshalb hat die SPD-Landesregierung das Thema Europa direkt in der Staatskanzlei angesiedelt, was gemeinsam mit dem mir übertragenen Amt der Kulturbevollmächtigten einen guten Schwerpunkt ergibt. Deshalb haben wir mit David Lindemann einen Bevollmächtigten für Europaangelegenheiten benannt, der nicht nur glühender Europäer ist, sondern durch seine vormaligen Tätigkeiten auch ein Kenner des Brüsseler Betriebes. Es ist auch kein Zufall, dass sich mit Jakob von Weizsäcker ein ehemaliger Europaabgeordneter mit internationaler Vita, der mühelos zwischen mehreren Sprachen wechselt, im saarländischen Kabinett engagiert. Und deshalb habe ich auch die Chance beim Schopfe ergriffen, einen der umtriebigen Netzwerker im deutsch-französischen Umfeld zum Leiter des Pariser Büros des Saarlandes und des Büros der Kulturbevollmächtigten zu machen, den ehemaligen Abgeordneten der Assemblée nationale, Christophe Arend.

Das wurde in Paris sehr positiv aufgenommen und kann uns an der ein oder anderen Stelle noch Türen öffnen.

Ich will diese Kräfte nutzen. Ich möchte, dass wir im Saarland ein europapolitisches Leitbild entwickeln mit der Großregion als wesentlichem Teil davon. Wir brauchen eine gemeinsame Übereinkunft, wohin wir uns entwickeln wollen, in Europa, in der Großregion – für das Saarland.

Wir werden für diesen Leitbildprozess im Verlauf von zwei Jahren Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und natürlich der politischen Entscheider zusammenbringen. Dabei sollen auch die Saarländerinnen und Saarländer eingebunden werden. Am Ende sollen konkrete Interessen, konkrete Maßnahmen und konkrete Ziele stehen, die auch im Alltag der Saarländerinnen und Saarländer spürbar sind.

Ich möchte diesen Prozess gerne in den Europa-Wochen im Mai 2023 starten.

Meine Damen und Herren,

unser Europa im Kleinen ist die Großregion. Wirkt „Brüssel“ als Chiffre für die Europäische Union oft abstrakt – hier in der Großregion ist Europa ganz konkret. Hier sind die Nahtstellen des Zusammenwachsens. Hier wird Europa gelebt. Hier ist der lebensweltliche Praxistest für die Politiken der Hauptstadtschreibtische. Hier zeigt sich, was geht und was nicht geht.

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht es um die Menschen. Sie müssen konkrete Fortschritte wahrnehmen, die sie und ihr Leben unmittelbar betreffen. Beispiel Grenzgänger. Mehr als 250.000 Pendler leben in der Großregion. Es ist ein Vorteil für alle, dass der Arbeitsmarkt nicht an der Grenze endet. Wenn dann eine Einrichtung wie die Task Force Grenzgänger Lösungen für typische Grenzgängerprobleme anbietet oder anregt, kommt das den Betroffenen zugute. Und dass es Arbeitsminister Hubertus Heil gelungen ist, die Doppelbesteuerung des Kurzarbeitergeldes für Grenzgänger abzuschaffen, ist ein wichtiger Erfolg.

Wir wollen die Entwicklung der Großregion mit einem Mehrwert für das Saarland voranbringen. Wir müssen uns stärker als grenzüberschreitende Gemeinschaft verstehen. Wir sollten zum Beispiel in der Großregion über die Bekämpfung des Klimawandels und die Anpassung an Klimawandelfolgen sprechen.

Lassen Sie uns eine Großregion der guten Nachbarn sein! In diesem Sinne werden wir auch Kooperationen mit anderen europäischen Grenzregionen vertiefen.

Was wir brauchen, ist ein Schub nach vorne für unsere Großregion. Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir die bilateralen Partnerschaften pflegen und ihrerseits vertiefen.

So werde ich ohne Frage möglichst schnell einen direkten Draht zum neuen Präsidenten des Regionalrates von Grand Est, Herrn Franck Leroy, aufbauen. Ich habe keinen Zweifel, dass er die engagierte grenzüberschreitende Arbeit seines Vorgängers Jean Rottner fortsetzen wird. Jean Rottner gilt der große Dank der saarländischen Landesregierung für Jahre der hervorragenden Zusammenarbeit und des gemeinsamen Engagements für die deutsch-französische Freundschaft.

Ich komme zu einem Alleinstellungsmerkmal unseres Bundeslandes. Die Frankreichstrategie ist eine der besten politischen Ideen, die im Saarland je geboren wurden. Ich halte sie nach wie vor für einen sehr guten Ansatz, sowohl um das deutsch-französische Verhältnis zu festigen als auch aus ganz egoistischer Sicht unseres Bundeslandes. Denn sie macht uns auch bei Unternehmen interessant, denken Sie an Airbus oder Nobilia. Unternehmen, die ganz bewusst nach Arbeitnehmern suchen, die sich auf beiden Seiten der Grenze auskennen und verständlich machen können.

Ich glaube, dass in der internationalen Aufstellung, die wir in der Wirtschaft erleben, eine große Chance für unser Bundesland liegen kann. Ich fände es gut, wenn wir dort noch wirkmächtiger auftreten, als in der Vergangenheit.

Fortschritte sind zu sehen etwa beim Thema Mehrsprachigkeit. Kein anderes Bundesland ist dabei so weit wie wir. Mehr als jede zweite Kita im Saarland ist bilingual, jede fünfte zweisprachige Vorschuleinrichtung in Deutschland liegt im Saarland. Wir haben in den letzten vier Jahren weitere 15 Kitas als Élysée-Kitas zertifiziert. Damit haben wir im Saarland 83 Einrichtungen. Bei 196 Einrichtungen bundesweit befinden sich damit 43 Prozent im Saarland. Neben unserem Deutsch-Französischen Gymnasium und dem Deutsch-Luxemburgischen Schengen-Lyzeum haben wir inzwischen auch die Europäische Schule und vier Abibac-Schulen.

Ich würde mir wünschen, dass jede Schule im Saarland eine französische Partnerschule hat. Und darüber hinaus muss der Anspruch sein, dass jeder, der im Saarland zur Schule gegangen ist, einmal in Frankreich war. Denn Austausch ist ein mächtiger Schlüssel zur Verständigung. Auch für das Klima ist es ja gut, wenn es häufiger heißt „Reims statt Rom“. Oder andersrum „Wadern statt Wien“.

Dabei geht es nicht darum, das Englische durch das Französische zu ersetzen. Gut aufgestellt sind wir, wenn wir beides hinbekommen. Kenntnisse in den drei am meisten auf unserem Kontinent gesprochenen Sprachen - das kann ein echter Standortvorteil sein.

Auch im Bereich der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sind wir vorangekommen. Das Saarland hat mit der MOSAR-Vereinbarung den ersten Schritt

gemacht. Bewohner des Saarlandes und des Département Moselle können sich ohne Genehmigung in Krankenhäusern beiderseits der Grenze behandeln lassen. Auch hier wollen wir konkret-praktische Fortschritte machen hin zu einem Gesundheitskorridor mit Rettungsdiensten und Krankenhauskooperation, der dann auch eine europäische Modellregion werden kann.

Ich finde, dass wir Wert legen dürfen und stolz sein dürfen auf deutsch-französische Baudenkmäler im Saarland wie die Sendehalle von „Europe 1“ in Berus oder den Pingusson-Bau.

Und wir schaffen es, die grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen nach Frankreich zu verstärken. Ab 2025 werden täglich Trier-Perl-Thionville-Metz im Zweistundentakt, Saarbrücken-Metz im Einstundentakt und Saarbrücken-Straßburg im Zweistundentakt angeboten. Eine klare Verbesserung für unseren Verflechtungsraum.

Die Frage bleibt aber: Erreichen wir die Ziele der Frankreichstrategie, wenn wir den Weg weitergehen, wie er seit 2014 beschritten wird? Auch Enthusiasten fehlt da der Glaube, es bleibt die Hoffnung.

Deshalb möchte ich, deshalb möchte die von mir geführte SPD-Landesregierung eine Renaissance der Frankreichstrategie. Aus der guten Idee soll mehr handfeste Realität werden. Wir werden in den nächsten Wochen die „feuille de route IV“ auf den Weg bringen. Sie ist seit langem erarbeitet worden, viele wirken daran mit und warten nur auf den Startschuss.

Zum zehnten Jahrestag der Frankreichstrategie im Jahr 2024 aber wollen wir einen Vorschlag vorlegen, wie wir bei der Umsetzung der Ziele verbindlicher werden und nicht an Tempo verlieren – ausgehend von einer Evaluierung des bisherigen Weges. Dazu brauchen wir neue Ideen und Konzepte, damit das, was als richtig erkannt ist, auch gut umgesetzt wird. Dazu kann zum Beispiel gehören, die Förderung des Sprachenerwerbs im Saarländischen Bildungsfreistellungsgesetz explizit aufzunehmen. Das würde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, bei Fortbildungen eine andere Sprache zu vertiefen. Aber nicht nur Sprachkompetenz sollten wir in den Blick nehmen, auch die Kenntnis der Verwaltung des jeweils anderen ist ein wesentlicher Vorteil und deshalb wollen wir auch den Austausch der Verwaltungen stärken.

Wir wollen Strategien entwickeln, wie wir unsere Scharnierstelle zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaft besser nutzen können. Für deutsche Unternehmen, die auf den französischen Markt drängen, muss das Saarland wie für Nobilea die erste Adresse sein. Wie können wir diesen „Nobilea-Effekt“ ausweiten? Das wird eine der Leitfragen in der nächsten Phase der Frankreichstrategie sein. Das gleiche gilt umgekehrt: Für französische Unternehmen, die auf den deutschen Markt wollen, soll kein Weg mehr am Saarland vorbeiführen.

Eine Schattenseite der Frankreichstrategie war stets, dass es keinen korrespondierenden Luxemburg-Plan gab. Auch das wird die SPD-Landesregierung ändern. In der letzten Woche war ich zu einem intensiv vorbereiteten Antrittsbesuch beim luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel. Wir haben uns auf ein gemeinsames Vorgehen in ausgewählten Themenbereichen verständigt.

Dazu gehören Cybersicherheit, KI und Quantencomputing, der Ausbau von Mobilität und Infrastruktur und die Kooperation in den Bereichen Bildung sowie Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Dazu gehört auch die grenzüberschreitende Ausbildung im Gesundheitsbereich, insbesondere von Medizinerinnen, Krankenpflegern und Hebammen. Dazu haben bereits erste Gespräche stattgefunden.

Dazu gehört eine Novellierung des Polizeivertrages. In Notlagen und lebensbedrohlichen Einsatzlagen, die die Grenzregion betreffen, muss die Zusammenarbeit exzellent funktionieren, dazu soll unter anderem ein gemeinsamer deutsch-luxemburgischer Grenzalarmplan erstellt werden. Außerdem wollen wir das Thema Rettungsabkommen wieder angehen.

Und ein Thema, das sehr viele Saarländerinnen und Saarländer umtreibt: Gemeinsam mit Rheinland-Pfalz arbeiten wir an einer Änderung der unschädlichen Homeoffice-Arbeitstage im Doppelbesteuerungsabkommen. In Frankreich und Belgien können Beschäftigte ohne zusätzliche Belastungen bei einem Arbeitsverhältnis in Luxemburg 34 Tage im Homeoffice arbeiten. Wer in Deutschland wohnt, kann dies nur bis zu 19 Tage. Das wollen wir gerne ändern.

Wir haben eine bilaterale Lenkungsgruppe eingerichtet, die diese und weitere Themen abstimmt und koordiniert. Unser Ziel ist, den Luxemburg-Plan auf einer gemeinsamen Kabinettsitzung der luxemburgischen Staatsregierung und der saarländischen Landesregierung mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung im Jahr 2024 zu konkretisieren.

Und auch über den Tellerrand unserer direkten Nachbarn sollten wir hinausblicken. Ich werde in diesem Jahr auch die Partnerregion Podkarpackie besuchen. Die Region im Südosten Polens ist eine Grenzregion im Dreiländereck zwischen Polen, Slowakei und der Ukraine. Das hat eine aktuelle, europäische Dimension. Ich bin überzeugt, wir müssen zugehen auf manche Partner in Osteuropa, die im westlichen Europa und besonders in Deutschland allzu oft auf taube Ohren stießen mit ihrer Sorge vor einer Aggression Russlands. Das zeigt auch die Notwendigkeit, die europäische Achse Deutschland-Frankreich mit Polen wiederzubeleben, das sogenannte „Weimarer Dreieck“, und die Ukraine in unmittelbarer Nachbarschaft mitzudenken.

Frau Präsidentin,

meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,

liebe Saarländerinnen und Saarländer,

wer unser Saarland liebt, der liebt auch Frankreich. Deutschland und Frankreich sind für den Frieden vereint.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass wir hierzu in diesem Hause einen breiten Konsens haben. Es zeichnet ja unser Land aus, dass bisher alle Landesregierungen und alle die saarländische Demokratie tragenden Kräfte sich immer einig waren: Unser Land steht mit beiden Beinen in Europa.

Es ist mir deshalb eine außerordentliche Freude, das Saarland am kommenden Sonntag an den Tisch des deutsch-französischen Ministerrates zu bringen.

Lassen Sie uns aus dem Saarland heraus dazu beitragen, die Großregion und Europa besser zu machen.

Auf die Freundschaft! Glück auf!